

Begl. Abschrift.

Gegenwärtig:

Wuppertal, den 7.9.1949

Justizinspektor  
a.p. H e u s e r

Gefängnis.

5 Ks. 1/48 ( 15 V)

Eingegangen am 7.9.1949.  
gez.: Köhler, Justizang.  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
des LG.

Vorgeführt erscheint der Jng. Alfred Bach und beantragt die Aufnahme d er Begründung zu der am 6.7.1949 eingelegten Revision.

Er erklärt:

Das Urteil ist am 3.9.1949 zugestellt.

Die Revisionsbegründungsfrist ist somit gewahrt.

Die Revision begründe ich wie folgt:

In der Urteilsfindung ist insoweit eine Rechtsvorschrift verletzt worden, als der § 338, 8 StPO. im Verlaufe des Verfahrens zu meinen Ungunsten nicht beachtet worden ist. Ich bin in meiner Verteidigung dadurch beschränkt worden, dass durch die Zusammenfassung der Vorkommnisse in Hilden im Februar + Juli 1933 vor meiner Dienstbeauftragung durch die SA. - und der Vorkommnisse auf der Coburg in der Zeit vom September 1933 mir die Gelegenheit genommen worden ist, mich gegen die bezgl. der Hildener Vorkommnisse vor = gebrachten Anschuldigungen nicht hinlänglich habe verteidigen können, insoweit, als durch die Zusammenfassung der Schuld = frage der beiden Komplexe die Urteilsfindung gegen mich ungünstig beeinflusst wurde. Wie der Verlauf der Verhandlung ergeben hat, habe ich mit den Hildener Vorkommnissen ~~hier~~ ~~mit~~ nichts zu tun gehabt; trotzdem sind diese Vorkommnisse bei der Strafzumessung mit berücksichtigt worden.

Ferner rüge ich, dass in den ersten Wochen der Verhandlung Zeugen vernommen worden sind, ohne dass den Angeklagten und der Verteidigung Gelegenheit gegeben worden wäre, sich vorher zu den den vorgebrachten Fragenkomplexen zu besprechen und hinterher Stellung zu nehmen.

Dieses Verfahren des Gerichts ist erst auf Be = schwerde der Verteidigung geändert worden.

Meine Verteidigung ist auch, und zwar, schwer = wiegend durch meine dem Gericht bekannte Krankheit und

die dadurch bedingte körperliche Verfassung beeinträchtigt worden, und zwar dergestalt, dass mein mehrmaliges Erinnerungs- = unvernögen zu meinen Ungunsten ausgelegt worden ist.

Es sind bereits während des Verfahrens erheblich Bedenken aufgetaucht, ob die Fortsetzung des Verfahrens im Hinblick auf meinen Zustand prozessual zulässig sei, insbesondere, ob die vom LGDir. Dr. Heineberg durchgeführten Vernehmungen während meiner Krankheit, die auf Anordnung des Arztes nur beschränkt stattfinden konnten, für die Urteilsfindung vertretbar sein.

Jch verweise hierzu auf die Sitzungsprotokolle, die häufig Vermerke darüber enthalten müssen, dass das Verfahren wegen der vorerwähnten Gründe ausgesetzt werden musste.

Jch erachte ferner, dass betreffend der Schuldfrage, die damals bestehende Vorschrift, nämlich der Vorschrift der VO. zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 4. 1933 ausser acht gelassen ist und somit bezgl. der Beurteilung meiner Rechtsfertigung eine anzuwendende Rechtsvorschrift nicht beachtet worden ist.

Das Urteil enthält keine Angabe über das Datum der schriftlichen Absetzung.

Es lässt sich daher nicht ersehen, ob das Urteil gemäss § 175 StPO rechtzeitig zu den Akten gekommen ist; infolgedessen ist mir nicht bekannt, ob die von mir gestellten Anträge zur Revision rechtzeitig waren.

Gegebenenfalls stelle ich Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, indem ich darauf hinweise, dass mir das Urteil erst am 3.9.1949 zugestellt worden ist.

Jch sehe das Urteil auch aus folgenden Gründen für revisibel an, als die Zeugenaussagen in zu starkem Masse gegenüber den Einlassungen der Angeklagten gewürdigt worden sind und verweise bezgl. der hierdurch verletzten Rechtsnorm des materiellen deutschen Strafrechts auf die Entscheidung vom 16.11.1948 des Obersten Gerichtshofes in Köln und bitte die Kontrollratsproklamation Nr.3 Art.2 Ziff.4 Mil.Reg. Ges. No.1 Art.IV, Ziff.6 AaR Nr.1 Ziff.8 hinzuzuziehen.

Jch beantrage daher, das angefochtene Urteil bezgl. des Strafmasses aufzuheben und nach den vorerwähnten Revisionsgründen die Strafmassungserwägungen zu überprüfen und eine erneute geringere Strafe unter Berücksichtigung der vorgebrachten Gründe zu bilden.

V.g.u.

gez. Alfred Bach.

Zur



Zur Durchführung der Revision bitte ich mir alsbald einen Verteidiger von Amts wegen zu stellen. 973

g.w.o.

gez. Heuser a.p. Justizinspektor.

Vermerk: des Urkundsbeamten:

Im Vorstehenden sind verschiedene Punkte (so die Ausführungen bezgl. § 175 StPO.) nur auf ausdrücklichem Wunsch des Verurteilten aufgenommen.

Der Verurteilte machte zeitweise den Eindruck, nicht ganz zu rechnungsfähig zu sein. Er ist zumindest ein Querulant, wenn man nicht darüber hinaus Spaltungserscheinungen feststellen will.

gez. Heuser, a.p. Justizinspektor.



-----  
Beglaubigt:

*Hiedgens*  
Justizobersekretär